



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 12. bis 18. März)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 12. bis 18. März)

Deutschland und England

Englands Freundschaftsbeziehungen zu Frankreich und Amerika — England und Rußland — Englands europäische Politik — Deutsch-englische Verständigung und Englands bestehende Ententen

Wenn England jetzt eine Verständigung mit Deutschland sucht, so ist es doch zugleich entschlossen, an dem bestehenden System seiner Ententen und Freundschaften festzuhalten. Es muß dies als ein Axiom der englischen Politik betrachtet werden, und wir würden uns nur Illusionen hingeben, wenn wir eine sofortige Lockerung der englisch-französischen Beziehungen erwarteten. Daneben würde jeder Versuch, den wir in dieser Richtung unternehmen wollten — selbstverständlich lassen wir solches hübsch bleiben —, diese Beziehungen nur festigen und eine deutsch-englische Verständigung erschweren.

Nun wird auf deutscher Seite gefragt: weshalb erstrebt denn England eine Verständigung mit uns, wenn es doch die französische Freundschaft nicht aufgeben will? und man fragt weiter, ob England es auch wirklich ernst mit einer solchen Verständigung meine.

Diese Politik Englands ist unschwer zu erklären. Zwischen England und Deutschland war im letzten Sommer eine starke Spannung entstanden aus Gründen, die direkt nur die deutsch-französischen Beziehungen, die deutsch-englischen aber nur indirekt betrafen. Einen Krieg mit Deutschland hat das englische Volk wohl nicht gewünscht; sonst hätte die englische Regierung Frankreich in den Kampf hineintreiben können. Seit der Liquidierung der Marokkofrage ist der letzte sichtbare Grund zu einem deutsch-englischen Kriege geschwunden. Wohl aber ist noch eine Spannung nachgeblieben, die die verschiedensten unübersehbaren Gefahrenmomente in sich birgt. Das ist es, was den Engländern den Wunsch nahe legt, eine Verständigung mit Deutschland zu suchen, die geeignet wäre, die Wiederkehr solcher gefährlicher Friktionen zu verhindern, wie sie im Sommer aufgetreten sind.

In der englischen Geschichte bildet solch ein Vorgehen kein Novum. So waren in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre die Beziehungen zwischen England und Frankreich recht gespannt, und zwar bildeten die Hauptursache der Reibungen ähnliche Ursachen, wie sie die deutsch-englischen Beziehungen des letzten Jahrzehnts trübten: die Verstärkung der französischen Flotte. Die englischen Flottenpaniken jener Zeit waren heftiger und länger als die, die wir selbst vor

wenigen Jahren erlebt haben. Und wie endete diese Rivalität? Auf die erste Flottenpanik folgte fast unvermittelt die Waffenbrüderschaft der beiden Nationen im Krimkriege. Als die zweite Panik einen bedrohlichen Umfang annahm, begann in der Londoner City und in den Industriezentren des Nordens eine Gegenkampagne zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen. Richard Cobden, der allerdings kein Kabinettsminister war, wurde nach Paris entsandt; man schloß einen Handelsvertrag, und dieser leitete die erste „entente cordiale“ ein. Im Jahre 1896 erlebten wir den englisch-amerikanischen Konflikt, der durch den venezolanischen Grenzstreit hervorgerufen wurde. Das Einschreiten des Präsidenten Cleveland, der die Monroe doktrin in Frage gestellt sah, führte zu einer scharfen Krisis und zu leidenschaftlicher Erregung der öffentlichen Meinung. Raum aber war der akute Konfliktstoff beseitigt, als die englische Regierung eine Politik einschlug, die binnen weniger Jahre und zwar auf der Grundlage bedeutender Konzessionen, die Freundschaft begründete, die noch jetzt zwischen England und Amerika besteht. Schließlich ist auch die englisch-französische Annäherung im Anschluß an den Faschodastreit überraschend schnell gekommen!

Wir erkennen somit keinen Grund, der uns zwänge, an der Aufrichtigkeit einer englischen Politik zu zweifeln, die auf eine Verständigung mit Deutschland hinarbeitet, auch wenn die Entente mit Frankreich bestehen bleibt.

England hat sich seine Ententen und Freundschaften nicht wenig kosten lassen; sie sind tatsächlich so teuer zu stehen gekommen, daß es sie schon deshalb nicht leicht aufgeben könnte. England hat es zugelassen, daß Frankreich seine Stellung im Mittelmeer beträchtlich verstärkt und sich an der Nordwestküste von Afrika festgesetzt hat; es hat dadurch seine eigene Stellung im Mittelmeer geschwächt; die Annexion von Tripolis durch Italien kompliziert die Stellung Englands im Mittelmeer noch mehr. Lord Rosebery war der einzige englische Staatsmann, der 1904 öffentlich davor warnte, Marokko den Franzosen zu überlassen; außer den strategischen Vorteilen, die England in dem Abkommen von 1904 aufgab, opferte es auch seine Handelsinteressen in Marokko, deren Wiedergewinnung es nur der deutschen Marokkopolitik verdankt. Die Freundschaft mit Rußland hat England vielleicht noch mehr gekostet. Rußland zuliebe gab es in der Balkankrisis seine alte Freundschaft mit Österreich kurzer Hand preis. In dem Abkommen von 1907 gewährte es Rußland Vertragsrechte in Afghanistan und Tibet und gab ihm eine Handhabe, seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Nordpersien in einer Weise auszudehnen, die Rußlands Stellung Indien gegenüber durchaus zu Rußlands Gunsten verschiebt. Der Traum von einem Indischen Ozean unter britischer Flagge wird dadurch immer utopischer. Diese Freundschaften stellen somit eine Kapitalsanlage dar, die in Zukunft vielleicht noch größere Aufwendungen nötig machen wird. Sollte nun England all dies angelegte Kapital aufgeben und die teuer bezahlten Freundschaften mit Frankreich und Rußland, deren Stellung im Mittelmeer und im mittleren Osten es selbst so bedeutend hat verstärken helfen, sich in das

Gegenteil umwandeln lassen? Wenn darum England jetzt eine Verständigung mit Deutschland erstrebt, so bedeutet das vorläufig nicht eine ganz neue Orientierung, sondern nur eine Ergänzung seiner bisherigen Politik. Es ist eine Rückversicherung gegen die Gefahren dieser Politik, die den Engländern die Ereignisse des letzten Sommers so drastisch vor Augen geführt haben.

Betrachten wir nun diese Politik — Verständigung mit Deutschland unter Beibehaltung der bisherigen allgemeinen Orientierung — vom deutschen Gesichtspunkt aus. Wenn wir zurückblicken, so zeigen die Ententen und Freundschaften Englands eine große Elastizität. Es ist kein Zweifel, daß sie zeitweise einen bündnisartigen Charakter angenommen haben, obwohl ein wirkliches Bündnis nirgends besteht. Unter gewissen Umständen stellen sie sogar nur sehr lockere Verbindungen dar. In der Marokkokrise von 1905 und in Algieras deckte England die französischen Ansprüche. Dagegen konnte man im Jahre 1906, wo bei uns die Besorgnis vor der Einkreisung wohl am stärksten war, bemerken, wie der französische Ministerpräsident Clemenceau bei jeder Annäherung Englands sichtlich zurückwich, um sich bedenklichen Verwicklungen zu entziehen. Die Balkankrise von 1908/9 fand Frankreich nicht im mindesten kriegslustig, und die vermittelnde Haltung der französischen Regierung hat nicht wenig zu ihrer Lösung beigetragen. Während der letzten Marokkokrise deckte England wiederum die französischen Ansprüche. In den beiden Fällen, wo es sich um französische Interessen in Marokko handelte, hat England seine Verpflichtungen von 1904 erfüllt und die französische Politik unterstützt. Andererseits finden wir nicht, daß Frankreich dies England gegenüber getan hat, wenn nicht unmittelbare französische Interessen in Frage standen.

Für alle die Ententen, die die heutige europäische Konstellation kennzeichnen, ist es charakteristisch, daß sie im Grunde nur politische Tendenzen anzeigen, nicht aber vertragmäßige Verpflichtungen, die bestimmt genug formuliert waren, um nach ihnen bestimmte politische Aktionen einzuleiten.

Die Ententen haben die älteren Bündnisse zum Teil modifiziert zum Teil ergänzt. Das älteste der kontinentalen Bündnisse, das zwischen Deutschland und Österreich, hat noch immer die stärkste Lebenskraft. Sein Zweck ist, einen russischen Angriff abzuwehren, der die Unterstützung einer anderen Macht fände. Wenn die Balkankrise einen Krieg entzündet hätte, so wäre für Deutschland der casus foederis eingetreten. Aber heute haben wir das Bündnis mit Österreich durch eine Entente mit Rußland ergänzt. Rußland hat also eine Entente ebenso mit uns wie mit England. Und wenn die englisch-russische Entente, wenigstens vorübergehend, eine antideutsche Tendenz gehabt hat, oder nach der Auffassung gewisser englischer Kreise doch haben sollte, so ist ihr diese Spitze durch das deutsch-russische Abkommen von 1911 abgebrochen worden. — Die englisch-französische Entente enthielt nur für England, aber nicht für Frankreich, eine bindende Verpflichtung, nämlich die, die französischen Ansprüche auf Marokko diplomatisch zu unterstützen. Diese Verpflichtung hat mit der

Liquidierung der Marokkofrage ihr Ende gefunden. Seitdem handelt es sich in der englisch-französischen Entente nicht mehr um vertragliche Verpflichtungen und auch nicht mehr um eine bestimmte Politik, sondern nur noch um politische Tendenzen. Diese aber hängen in erster Linie von den deutsch-französischen Beziehungen ab. Die ganze Politik, die England während der letzten Jahre verfolgt hat, hatte, wie wir wissen, das Ziel, im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes seinen Einfluß zugunsten Frankreichs in die Waagschale zu werfen. Mit der Erledigung der Marokkoangelegenheit ist nun die einzige akute Reibungsursache zwischen Deutschland und Frankreich weggefallen. Der alte Gegensatz und auch die Revancheidee ist freilich noch immer, wenn auch mehr oder weniger latent, vorhanden. Aber mit den französischen Wunden von 1870 verhält es sich wie mit den Wunden des heiligen Januarius in Neapel: man kann sie nach Belieben bluten lassen.

Wir sehen indes, daß sie nur dann wieder anfangen zu bluten, wenn andere große politische Fragen besonderen Anlaß geben. Für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zur Verfolgung gemeinsamer Interessen, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren verschiedene Male stattgefunden hat, namentlich unter Jules Ferry und Hanotaux, ist unter den gegenwärtigen Umständen keine Aussicht vorhanden; wir haben augenblicklich auch keine weltpolitischen Ziele, bei denen uns Frankreich besonders nützlich sein könnte. (Siehe auch die beiden Aufsätze von Franz Wugl-Paris in den Heften 48 und 50, 1911.) Frankreich hat auf absehbare Zeit den Anschluß an England gefunden. Für uns wäre es vergebliche Liebesmühe, eine „Versöhnung“ mit Frankreich zu suchen. Andererseits besteht zwischen Deutschland und Frankreich jetzt kein Grund zu Fraktionen; und gerade der Wunsch Englands, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, beweist, daß seit der Erledigung der Marokkofrage die deutsch-französischen Beziehungen eine wesentliche Entspannung aufweisen. Unter diesen Umständen hat die Entente Englands mit Frankreich, soweit die deutschen Interessen in Frage kommen, keine positiven Ziele, sondern nur den mehr negativen Zweck, den status quo zu erhalten.

Was ist nun die europäische Politik Englands?

Man muß die Vorfrage stellen: welche Rolle spielt die europäische Politik in der allgemeinen Politik Englands? Diese Frage läßt sich im gegebenen Augenblick sehr schwer beantworten. Die politischen Interessen Englands erstrecken sich über die ganze Welt, und welche Interessen im gegebenen Falle die englische Regierung am meisten in Anspruch nehmen: ob es Ostafrika, Indien, der nahe oder mittlere Osten oder die Beziehungen zu den europäischen Mächten sind, darüber dürfte das Urteil kompetenter Beobachter häufig auseinandergehen. Nur eine Tatsache steht fest: das Kabinett Asquith wünscht die englische Politik von dem Druck zu entlasten, den der englisch-deutsche Gegensatz auf sie ausübt.

Es lassen sich dafür verschiedene Gründe anführen. Die Entwicklung in China macht ein Zusammengehen aller interessierten Weltmächte wünschenswert.

Die Beendigung des türkisch-italienischen Krieges liegt im Interesse aller Mächte und ebenso die Verhinderung eines etwaigen Ausbruchs auf dem Balkangebiet. England mag es je länger, je mehr empfinden, daß die Konzentration seiner Flotte in der Nordsee dazu geführt hat, daß das Mittelmeer und der Pazifik von englischen Kriegsschiffen entblößt sind. Man wird auch den innerpolitischen Grund anführen dürfen, daß ein beträchtlicher Teil der liberalen Partei und der liberalen Presse die Marokkopolitik des Kabinetts mit großer Schärfe kritisiert und eine Verständigung mit Deutschland gefordert hat. Und wenn dieser Grund, wie wir glauben, eine Wirkung ausgeübt hat, so muß man auch den Einfluß der politisch-radikalen Presse, wie Daily News, Manchester Guardian, Nation und Economist, auf die englische Politik entsprechend einschätzen (vgl. Leitartikel in Heft 8, 1912).

Eine deutsch-englische Verständigung kann demnach allerdings eine Lockerung der Triple-Entente bedeuten, wenn man sie in dem Lichte der Einkreisungspolitik betrachtet, die die Triple-Entente in gewissen Zeiten ohne Zweifel verfolgt hat. Die englische Regierung gibt vor, in der letzten Marokkokrise keine andere Rolle gespielt zu haben als Deutschland in der Balkankrise. England habe die französischen Ansprüche auf Marokko diplomatisch unterstützt, ganz wie Deutschland in der Balkankrise die Annerionspolitik Österreich-Ungarns unterstützte. Das ist von englischen Ministern amtlich erklärt worden, und wenn wir wollen, daß den Erklärungen unserer Minister im Ausland Glauben geschenkt wird, so müssen wir auch die englischen Erklärungen hinnehmen. Die Westminster Gazette, die während der ganzen Marokkokrise eine wahrhaft staatsmännische Haltung bewahrt hat, hat wiederholt das Argument gebraucht: wenn Rußland so kurze Zeit nach der Balkankrise mit Deutschland zu einer Verständigung gelangen konnte, so sollte nach Erledigung der Marokkokrise auch ein deutsch-englischer Ausgleich nicht unmöglich sein. Das Ergebnis einer deutsch-englischen Verständigung würde also sein, daß England zwar an seinen Ententen festhielte, daß aber diese Ententen die Spitze gegen Deutschland verlören. Die englisch-französische Entente würde somit für uns ebenso jeder akuten Gefahr beraubt werden wie die englisch-russische.

Aber zwischen England und Deutschland bestehen verhältnismäßig wenig akute Konfliktstoffe, wenigstens viel weniger, als seinerzeit zwischen England und Frankreich und zwischen Frankreich und Rußland bestanden hatten. In Ostasien sind unsere Interessen die gleichen; im nahen Osten wünschen beide Mächte die Erhaltung des status quo und die Beendigung des türkisch-italienischen Konfliktes; und in der Frage der Bagdadbahn sollte, nachdem wir uns mit Rußland auseinandergesetzt haben, und nachdem die Bagdadbahn-gesellschaft ein neues Abkommen mit der türkischen Regierung geschlossen hat, ein Ausgleich zwischen England und Deutschland keine unüberwindlichen Schwierigkeiten vor sich haben. Ob die Rüstungsfragen einen Gegenstand der

Berhandlungen zwischen England und Deutschland bilden können, wissen wir nicht, aber wir bezweifeln es. Die Schwierigkeiten einer positiven Formulierung, die weder die Interessen noch die berechtigten Empfindlichkeiten beider Nationen verletzte, sind, wie schon früher (Heft 8, S. 357) gezeigt wurde, sehr groß.

Alfa

Der Diamanten-Ausfuhrzoll

Verordnung vom 16. Dezember 1908 — Gesteungskosten — Änderung des Diamanten-Ausfuhrzolles — Nettozoll — Gleitende Stala

Als seinerzeit die ersten deutsch-südwestafrikanischen Diamanten gefunden wurden, erging am 16. Dezember 1908 eine Verordnung des Gouverneurs, deren § 1 bestimmte: „Die Ausfuhr von rohen oder ungeschliffenen Diamanten aus dem deutsch-südwestafrikanischen Schutzbiete unterliegt einem Zoll, welcher 10 Mark für das Karat oder 48,60 Mark für das Gramm beträgt“ (Deutsches Kolonialblatt 1909 S. 189). Dieser Satz konnte aber nur als ein provisorischer angesehen werden, da durch diese Form der „spezifischen Zölle“, die sonst die Grundlage des deutschen Zolltarifes bilden, weder die Interessen des Fiskus noch die der Diamantenförderer genügend berücksichtigt werden konnten. Dem Fiskus bot der feststehende Satz keine Möglichkeit, an etwaigen Preiserhöhungen zu partizipieren, während für den Förderer ein fester Zollsatz von 10 Mark eine zu große Belastung bedeutete, zumal gerade die bedeutend wertvolleren Steine (der Wert wächst im Quadrat zur Schwere) zu ungunsten der kleineren verhältnismäßig durch den Gewichtszoll enorm bevorzugt waren. Nachdem sich daher einigermaßen übersehen ließ, welchen Preis die südwestafrikanischen Diamanten auf dem Weltmarkt erzielten, wurde der spezifische Zoll in einen Wertzoll umgewandelt, und zwar geht die Entstehung des jetzigen Ausfuhrzolles von $33\frac{1}{3}$ Prozent vom Bruttowert der Diamanten zurück auf das Abkommen zwischen der Kolonialverwaltung und der „Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ über das Sperrgebiet vom 28. Januar 1909. Im Schlußprotokoll zu diesem Vertrag heißt es: „Die Kolonialgesellschaft hat sich dem Kolonialamt gegenüber zur Überlassung eines Anspruches bereit erklärt, nachdem der Herr Staatssekretär die Erklärung abgegeben hat, daß er in Aussicht genommen habe, den gegenwärtig bestehenden Diamantenausfuhrzoll von 10 Mark für das Karat in einen Zoll, der etwa einem Drittel des Wertes entspricht, umzuändern, sobald die Verhältnisse dies gestatten werden. Der Herr Staatssekretär hat ferner in Aussicht gestellt, daß, falls die Gesteungskosten bei der Diamantengewinnung eine wesentliche Steigerung erfahren sollten, diesem Umstand durch eine entsprechende Gestaltung des Ausfuhrzolles Rechnung getragen werden soll.“

Dieser Fall ist nun seit einiger Zeit eingetreten; denn zur Zeit des Abschlusses des Vertrages berechnete man allgemein die Gesteungskosten der deutschen Diamanten auf 2 bis 3 Mark für das Karat und bezeichnete dies als einen ganz besonderen Vorteil gegenüber der Diamantengewinnung im englischen Südafrika. Nunmehr steht jedoch fest, daß die Gesteungskosten der deutschen

Diamanten jetzt schon zwischen 5 und 10 Mark liegen und sicher noch darüber hinausgehen werden, wenn man harte Konglomerate und tiefer unter Dünen- sand liegende diamantführende Schichten abbauen will. (Tägliche Rundschau vom 21. Mai 1911.) Die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwest- afrika“ äußerte sich in ihrem letzten Rechenschaftsbericht zu dieser Frage wie folgt: „Der Reichtum der Diamantfelder im südlichen (Sperrgebiet) wie im nördlichen Diamantgebiet hat durchweg die gehegten Erwartungen enttäuscht. Es ist als feststehend anzusehen, daß ein großer Teil der Südfelder und wohl sämtliche nördlich des 26. Breitengrades gelegenen Diamantfelder bei dem jetzigen fiskalischen Ausfuhrzoll von $33\frac{1}{3}$ Prozent des Bruttowertes der Diamanten überhaupt nicht abbauwürdig sind. Die bisherigen Versuche, nördliche Diamantfelder zu finanzieren, sind an diesem Umstand gescheitert, und die Mehrheit der kleineren im Sperrgebiet tätigen Diamantgesellschaften hat aus demselben Grunde ohne Ertrag gearbeitet.“ Nach einer Mitteilung der Handelszeitung des Berliner Tageblatts vom 30. Dezember 1911 lauten die aus Deutsch-Südwest- afrika über das Wirtschaftsleben einlaufenden Berichte äußerst pessimistisch und der starke Geldmangel hat eine Reihe von Zusammenbrüchen zur Folge gehabt. „Ganz besonders macht sich im Diamantengebiete eine Krise bemerkbar, die durch verschiedene Ursachen hervorgerufen wird. In erster Reihe erschwert der starke Arbeitermangel einen rationellen Abbau der Diamantfelder, andererseits werden durch die steigenden Förderungskosten die Betriebe erheblich belastet. Hinzu kommt, daß der Ausfuhrzoll in Höhe von $33\frac{1}{3}$ Prozent angesichts der erhöhten Produktionskosten sich besonders unangenehm fühlbar macht. Ein rentabler Abbau im Diamantengebiet ist in den meisten Fällen nicht mehr möglich, und so kommt es, daß von den im Jahre 1909/10 gegründeten etwa hundert Diamantgesellschaften fast alle bereits von der Bildfläche verschwunden sind. Einen Abbau betreiben überhaupt nur noch die koloniale Bergbaugesellschaft (Venzgruppe) mit etwa 20000 Karat monatlicher Förderung, die Deutsche Diamantgesellschaft (Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika) mit etwa 15000 Karat, die Colmanskopfgesellschaft, die Vereinigten Diamantminen in Lüderitzbuch und die dem Fiskus gehörende Diamantenpachtgesellschaft. Alle anderen Diamantgesellschaften haben den Betrieb wegen Unrentabilität eingestellt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die jetzt noch abbauenden Gesellschaften zum Teil ihre Betriebe nicht oder doch nicht in dem jetzigen Umfange aufrecht erhalten können.“ Gerade aus dem Abschluß der größten Fördergesellschaft in Südwest- afrika, der Deutschen Diamantgesellschaft m. b. H., geht hervor, wie einschneidend der Zoll auf die Erträgnisse der meisten Gesellschaften gewirkt hat; denn diese Gesellschaft kann nur 137500 Mark an die Anteilseigner als Gewinn verteilen, während der Fiskus an Abgaben und Zöllen 1,63 Millionen Mark erhält. Selbst unter der Annahme, daß die Gesellschaft im Interesse der Agitation zur Abänderung des Zolles und aus anderen politischen Gründen die Ausbeute im Berichtsjahre künstlich niedergehalten hätte, kann man dies als ein überaus ungünstiges

Ergebnis bezeichnen, da die Gesellschaft im Jahre 1910 immerhin 135 038 Karat Diamanten gefördert hatte. Unter der Herrschaft des jetzigen Ausfuhrzolles können die zahlreichen kleinen Lüderitzbuchter Diamantgesellschaften, die nur über zersprengte und tiefer im Inneren gelegenen Felder verfügen, nicht prosperieren. Tausende von Feldern im Norden von Lüderitzbucht, deren Prospektierung große Summen von Kapital und menschlicher Arbeitskraft erforderte, sind verlassen, weil sie keinen Gewinn beim Abbau lassen, und nur diejenigen Unternehmungen, die sich in der ersten Zeit der Diamantfunde die bestgelegenen Felder aussuchen konnten und über ein zusammenhängendes Areal nahe der Küste verfügen, waren imstande, den Bruttoszoll aufzubringen und dabei noch Gewinn zu erzielen. Ganz beträchtlich ist die Produktion an Diamanten hinter dem Vorjahre zurückgeblieben; denn nach den amtlichen Ermittlungen sind seit dem 1. April bis Ende November 1911 nur 516 801 Karat gefördert worden gegen 554 252 Karat in der gleichen Zeit des Vorjahres, und zwar gestaltete sich die Diamantförderung in Deutsch-Südwestafrika in den letzten Monaten im Vergleich mit dem Vorjahre wie folgt:*)

	1911	1910
April—September	398 924	424 186
Oktober	60 803	61 764
November	57 074	68 302
zusammen	516 801	554 252

Diese ungünstigen Verhältnisse haben denn auch das Reichskolonialamt veranlaßt, sich mit der Frage einer Änderung des Diamanten-Ausfuhrzolles zu beschäftigen. Auf der im September v. Js. abgehaltenen Generalversammlung der „Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ gab der Reichskommissar, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. v. Jacobs, im Namen des Reichskolonialamts folgende bemerkenswerte Erklärung ab:

„Die Politik des Reichskolonialamts ist darauf gerichtet, den Ausfuhrzoll auf Diamanten so zu gestalten, daß auch die ärmeren und kleineren Gesellschaften zu ihrem Rechte kommen. Im Reichskolonialamt schweben gegenwärtig Erwägungen, ob und in welcher Weise die jetzige Bruttoabgabe in einen Nettoszoll umgewandelt werden kann und ob eine bessere Verteilung der Steuerlast möglich sei. Staatssekretär v. Lindequist ist sich im Prinzip darüber klar, daß diese wichtige Frage nicht allzulange hinausgeschoben werden darf. Die Gelegenheit hat den südwestafrikanischen Landesrat bereits beschäftigt, und das

*) Welchen Einfluß die Diamantabgaben, die sich zum überwiegenden Teil aus dem Zoll zusammensetzen und nur zum kleinen Teil aus Bergwerksabgaben, Schürfgeldern usw., auf den Etat von Deutsch-Südwestafrika haben, geht daraus hervor, daß im Etat für 1912 mit einer Einnahme von 10,3 Millionen Mark aus dem Diamantenbergbau gerechnet wird gegenüber 18,6 Millionen Mark Gesamteinnahmen des Schutzgebietes. Diese im Etat vorgesehenen Summen würden jedoch nicht annähernd erreicht werden, wenn seitens der größeren Gesellschaften weitere Betriebseinschränkungen oder gar Förderungseinstellungen vorgenommen werden sollten.

Reichskolonialamt erwartet zurzeit den Bericht des Gouverneurs. Bevor dieser Bericht eintrifft, kann eine Entscheidung nicht getroffen werden. Die Lösung der Frage erscheint keineswegs einfach; das Reichskolonialamt hat alle möglichen Vorschläge sorgfältig geprüft, es muß aber immer im Auge behalten werden, daß der Fiskus dabei nicht zu kurz kommt, da die Einnahmen aus dem Diamantenzoll für den südwestafrikanischen Bahnbau dringend benötigt werden. Es ist anzunehmen, daß die Angelegenheit in absehbarer Zeit zur Erledigung gelangt." (Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts vom 4. September 1911.)

Wie aus der Äußerung des Reichskommissars hervorgeht, ist die Einführung eines Nettozolles geplant; denn es ist selbstverständlich, daß eine einfache Herabsetzung der Prozentzahl, z. B. auf 20 Prozent, nicht in Frage kommen kann. Erstens würde hierdurch dem Fiskus eine sehr große Einnahmequelle entgehen und der Etat des Schutzgebietes würde sich nicht so günstig gestalten, wie es jetzt der Fall ist; zweitens darf man nicht aus dem Auge lassen, daß die südwestafrikanischen Felder nicht von gleicher Dualität sind. Es gibt Felder, die bei $33\frac{1}{3}$ Prozent noch einen bedeutenden Überschuß lassen, und es gibt Felder, deren Abbau selbst bei 20 Prozent Ausfuhrzoll nicht mehr rentabel ist. Mit einer einfachen Herabsetzung des Zolles wäre also weder dem Fiskus noch den Diamantförderern gedient. Es kann demnach nur eine Art „Veredelung“ der Zolltechnik in Frage kommen: Der Zoll ist nicht wie bisher vom Bruttoertrage, sondern unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse vom Nettoertrage zu erheben.

Schon vor längerer Zeit hatte die Lüderitzbuchter Minenkammer in Vorschlag gebracht, den Ausfuhrzoll vom Bruttowert der Diamanten durch eine Abgabe vom Reingewinn zu ersetzen. Die Minenkammer wies in ihrer Berechnung nach, daß ein Ausfuhrzoll von 40 Prozent vom Reingewinn bei Zugrundelegung eines Gestellungspreises der Diamanten von 5 Mark für das Karat und bei Annahme einer weiteren Produktion in der jetzigen Höhe die Abgaben der Regierung bei der Kolonialen Bergbaugesellschaft und der Colmanskopgesellschaft nicht wesentlich schmälern würde, daß also eine solche Umänderung des Zollsystems im wesentlichen nicht den gutgehenden, sondern den anderen Diamantgesellschaften zugute kommen würde, die unter schwierigen Verhältnissen ärmere Felder bearbeiteten. Da man indessen damals mit der Abneigung der Behörden, das bequeme Bruttosystem durch das einen komplizierten Kontrollapparat voraussetzende Nettosystem zu ersetzen, rechnen mußte, so schlug die Minenkammer gleichzeitig eine anderweitige Regelung des Zolles vor, indem sie zwar einen Ausfuhrzoll vom Bruttowert beibehielt, ihn aber durch gleitende Skala in ein direktes Verhältnis zu den Gestehungskosten der Diamanten brachte. Von anderer Seite wurde angeregt, den Bruttozoll nur bei denjenigen Gesellschaften unverändert zu erheben, deren Gestehungskosten nicht über 5 Mark für das Karat hinausgehen, bei einer Steigerung der Förderkosten um je 1 Mark über 5 Mark hinaus aber den Ausfuhrzoll um 2 Prozent zu ermäßigen. Selbst bei einer

stufenweisen Steigerung der Gesteungskosten würden sich nach dieser Berechnung noch sehr arme Alluvialfelder, sekundäre Konglomerate und voraussichtlich auch Blaugrund abbauen lassen. Natürlich müßte durch eine rechtzeitige Kontingentierung dafür gesorgt werden, daß die Diamantpreise nicht fallen, zumal eine solche Kontingentierung in erster Linie die starken Schültern treffen würde, während ein hoher Ausfuhrzoll die Schwachen belastet. Auch würde eine Kontingentierung — unterstützt durch den Umstand, daß überall wegen des abgeänderten Ausfuhrzolles auch die ärmeren Felder abgebaut würden — eine wirtschaftlich verständige, die Lebensdauer des Diamantenbergbaus verlängernde Maßnahme sein, während ein irrationeller überstürzter Abbau in einer verhältnismäßig kurzen Zeitperiode weder im allgemeinen Interesse des Schutzgebietes noch im finanziellen fiskalischen Interesse läge. (Vgl. die Ausführungen von Ruttner im Tag vom 6. September 1911.)

Allerdings stehen der Einführung der Nettoverzollung erhebliche Schwierigkeiten gegenüber: Während bei der jetzigen, denkbar einfachsten Art der Zollerhebung die Regie beim Verkauf für den Fiskus sofort $33\frac{1}{3}$ Prozent abzieht, so daß weder Fiskus noch Förderer bei dieser Zollvergütung irgend welche Arbeit haben, müßte bei der Nettoverzollung der Fiskus vor allem die Bücher der Förderer nachprüfen. Um bei seinem Etat nicht zu kurz zu kommen, müßte der Fiskus feststellen, wie hoch der Reingewinn ist und ob die Abschreibungen richtig bemessen sind. Da nun bekanntlich viele südwestafrikanische Unternehmungen von vornherein nur mit einem ganz geringen Nettogewinn arbeiten können, weil die Gründer sich seinerzeit mit einem zu hohen „Gründungsgewinn“ bedacht haben und Unternehmungen, die bei ihrer Gründung Diamantfelder mit 100 000 Mark bewertet haben, naturgemäß kaum eine entsprechende Rente herauswirtschaften können, so wäre zunächst darauf zu achten, daß die Felder nicht zu hoch bewertet sind. Die Dividende darf bei den südwestafrikanischen Unternehmungen nicht als Maßstab angelegt werden, da z. B. die Vereinigten Diamantminen in Lüderixbuchts keine Dividende ausgeschüttet, dagegen einen bedeutenden Ausfuhrzoll auf die Diamanten entrichtet haben. Würde man die Dividende zugrunde legen, so hätte diese Gesellschaft überhaupt keinen Zoll, die Koloniale Bergbaugesellschaft aber einen ganz enormen Zoll zu zahlen. Ferner müßte der Fiskus darauf achten, daß die einzelne Gesellschaft nicht zu hohe Aufwendungen mache, wie zu hohe Gehälter an die Direktoren, Lantienen und sonstige Zuwendungen an Verwaltungsmitglieder. Jedenfalls müßte der Fiskus eine größere Zahl von Beamten unterhalten, die sich mit der Bücherkontrolle beschäftigen, da er bei der jetzigen Zusammensetzung eines großen Teils der Diamantförderer sich nicht lediglich auf deren Angaben verlassen könnte. Auch die Einführung einer gleitenden Skala würde ebenfalls eine recht kostspielige Kontrolle des Fiskus bedingen. (Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts vom 23. August 1911.)

Immerhin sind diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich, zumal diese Art der Erhebung bereits Vorbilder im englischen Südafrika hat, wo die

Südafrikanische Union 60 Prozent Steuer vom Reingewinn der Diamantgesellschaften erhebt. Nach dem Beispiel Transvaals könnte wohl ein Modus gefunden werden, bei dem sich die Berechnung der Produktionskosten nach einheitlichem Durchschnitt und unter Wahrung der fiskalischen Interessen durchführen ließe. Jedenfalls bedarf die Frage einer rechtzeitigen, den Grundsätzen der Volkswirtschaft Rechnung tragenden Abänderung des jetzigen Diamanten-Ausfuhrzollens ernster Erwägung, weil es sich hier um sehr große wirtschaftliche Werte handelt, und je eher das jetzige System der Abgabenerhebung eingestellt wird, desto günstiger werden die Folgen für das Gedeihen des Schutzgebiets sein.

Privatdozent Dr. Sadow-Greifswald

Bank und Geld

Der Bergarbeiterstreik — Wirtschaftliche Folgen — Streik und Börsenhautse — Geldforgen — Geldteuerung in England — Die Bill über den Minimallohn — Die Minenwerte — Lage und Ausichten des Goldbergbaues in Transvaal

Der Streik der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen ist ein harter Schlag für die deutsche Volkswirtschaft. Die Bemühungen, ein Übergreifen der englischen Lohnbewegung nach Deutschland zu verhindern, haben sich als vergeblich erwiesen. Die große Mehrzahl der Belegschaften ist in den Ausstand getreten, und wenn auch der christliche Bergarbeiterverband, anders als im Jahr 1905, sich offiziell der Bewegung nicht angeschlossen hat, so haben doch auch unter seinen Anhängern viele der Parole nicht Folge geleistet und vermehren durch ihren Zuzug das Heer der Ausständigen. Die Frage, auf welcher Seite die Schuld für den Ausbruch des Streiks zu suchen ist, hat in der Presse wie im Reichstag zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Sie mag hier ununtersucht bleiben. Es will aber doch scheinen, als habe man die Notwendigkeit, durch Verhandlungen und eine rechtzeitige Vermittlungsaktion einem Ausbruch des Streiks und damit einer gefährlichen Wirtschaftskatastrophe vorzubeugen, nicht genügend gewürdigt. Sicher nicht auf seiten der Zechenverwaltungen, die durch die grundsätzliche Ablehnung der Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen den formalen Anlaß zur Arbeitseinstellung herbeigeführt haben. Aber auch nicht auf seiten der Regierung, die diesmal auffälligerweise vor der Übernahme einer Vermittlerrolle zurückschreckt. Und doch handelt es sich hier nicht um eine Angelegenheit, die als eine Privatsache der beiden streitenden Parteien betrachtet werden kann, sondern um eine der wichtigsten Fragen des Gemeinwohls. Selbst wenn man die Ansicht der Zechenverwaltungen, daß der Streik in kurzem mit einer Niederlage der Arbeiter enden werde, für zutreffend hält — eine Auffassung, die durch das bereits einsetzende Abflauen der Streikbewegung allerdings unterstützt wird — darf man nicht übersehen, daß selbst in dieser kurzen Zeit der deutschen Volkswirtschaft unheilbare Wunden geschlagen werden. Man braucht sich nur die Folgen des Streiks vom Jahre 1905 in das Gedächtnis zurückzurufen, um darüber ein klares Bild zu gewinnen. Damals handelte es sich um einen Ausstand von knapp drei Wochen, bei dem die Zahl

der Streikenden zwar einen höheren Prozentsatz der Belegschaften darstellte, aber nach Köpfen gerechnet der jetzigen Ausstandsbewegung ungefähr gleich kam. Nach amtlicher Feststellung bezifferte sich allein der Lohnausfall, den die Arbeiter in dieser Zeit erlitten, auf etwa 16 Millionen Mark, die Minderförderung der Gruben auf etwa 30 Millionen Mark, der tägliche Einnahmeausfall der Eisenbahn an Frachten auf nicht weniger als 450 000 Mark. Dazu trat die durch den Kohlenmangel erzwungene Produktionseinschränkung der Eisenindustrie, die allgemeine Absatzstocung im Handel, der auf dem Konsum der Arbeitshere gegründet ist, die allgemeine Kreditnot, die Verluste und Verschuldung, an deren Folgen nicht nur das Ruhrrevier, sondern weite Kreise unserer Volkswirtschaft jahrelang krankten mußten. Ähnliches wird sich auch diesmal wieder ereignen. Allerdings werden die Folgen für die kohlenkonsumierenden Industrien erst später zu verspüren sein, denn es sind große Vorräte, namentlich an Koks, vorhanden, deren Vichtung den Zechen sogar recht erwünscht sein mag. Aber auf der anderen Seite fehlt die englische Kohle, die bei dem letzten Streike den heimischen Ausfall in großem Umfange wettgemacht hat, so daß bei einer längeren Dauer des Streikes die Folgen desselben noch schwerer zu spüren sein werden. Dazu gärt es auch unter den Bergarbeitern Sachsens, und es besteht die dringende Gefahr, daß der Ausstand auch auf das dortige Revier übergreift. Die Industrie befindet sich also in einer kritischen Lage und hat ein Recht, die nächste Zukunft mit Sorge zu betrachten. Da kann es auffallend erscheinen, daß die Börse die Situation anscheinend anders beurteilt. Hat sie doch den Ausbruch des Streikes mit einer regelrechten Hauffe begrüßt. Die Kurse der Montanwerte sind in der letzten Woche prozentweise gestiegen und erst gegen Wochenschluß hat eine Abschwächung eingesetzt. Dieses anscheinend widersinnige Verhalten ist natürlich nur auf börsentechnische Momente zurückzuführen. Die Kurssteigerung war lediglich eine Folge der Deckungskäufe, welche die Kontremine beim Eintreten des Ereignisses vornahm. So ist das äußere Bild der Kursbewegung ein irreführendes. Für irgendwelchen Optimismus, der sich in spekulativer Kauflust Luft machen könnte, fehlen alle Voraussetzungen. Denn es ist nicht nur der Streik, welcher die Aussichten augenblicklich trübe erscheinen läßt; noch schwerere Sorge bereiten der Börse die Geldverhältnisse.

Diese haben eine Entwicklung genommen, die in der gegenwärtigen Jahreszeit durchaus ungewöhnlich und auffällig ist. Geld ist von Tag zu Tag teurer geworden. Der Bedarf an täglichem Geld ist außerordentlich groß, so daß der Zinssatz für dasselbe bis über 5 Prozent gestiegen ist. Zugleich ist das Wechselangebot ein so bedeutendes, daß es den Privatdiskontsatz bis in unmittelbare Nähe der Bankrate gedrängt hat. Die Situation sieht also heute eher danach aus, daß die Reichsbank angesichts der zu erwartenden Ansprüche am Quartalstermin zu einer Erhöhung, als daß sie zu einer Ermäßigung ihres Zinsfußes schreiten könnte. Freilich wirkt bei dieser Gestaltung des Geldmarktes der

Quartalswechsel seine Schatten voraus: man war bestrebt, sich rechtzeitig mit Mitteln zu versorgen und zwar um so mehr, als der Monat März und der Anfang April große Fälligkeiten in Gestalt der Dividendenausüttungen der Banken bringt. Dementsprechend wird auch der Ultimogeldsatz eine ganz ungewöhnliche Höhe erreichen; man schätzt ihn auf nicht weniger als $6\frac{1}{2}$, vielleicht sogar auf 7 Prozent. Dieser hohe Geldstand und die zu erwartende Zurückhaltung der Banken bei der Prolongation wird voraussichtlich die Schar der Verkäufer gegen das Ende des Monats vermehren, ein Grund mehr, die gegenwärtige Aufwärtsbewegung der Kurse mit Mißtrauen zu betrachten.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß die Anspannung des Geldmarktes durchaus nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern sich in gleicher Weise auch in England geltend macht, nur daß dort die Gründe für die Geldteuerung auf anderen Ursachen basieren. Dort ist es nämlich der Bergarbeiterstreik, der für das Anziehen der Geldsätze verantwortlich zu machen ist. Infolge des nun schon über zwei Wochen währenden Ausstandes werden große Beträge an Depositionen zurückgefordert, die dem Geldmarkt vorerst nicht wieder zufließen, sondern in den Kanälen des täglichen Konsums verschwinden. Diese Ansprüche machen die durch die Absatzstocung herbeigeführte Kapitalansammlung vollständig wett und haben nicht nur eine Steigerung des Privatdiskonts bis zur Höhe der Bankrate, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung des Status der Bank von England herbeigeführt. Der Metallbestand ist um eine Million Pfund geringer, die

Pädagogium

Zwischen Wasser u. Wald äusserst gesund gelegen. —
Bereitet für alle Schulklassen, das Einjährigen-,
Primaner-, Abiturienten-Examen vor. Auch Damen-
Vorbereitung. — Kleine Klassen. Gründlicher, indi-
vidueller, eklektischer Unterricht. Darum schnelles
Erreichen des Zieles. — Strenge Aufsicht. — Gute
Pension. — Körperpflege unter ärztlicher Leitung.

Waren in Mecklb. am Müritzsee.

Depositen sind um $2\frac{1}{4}$ Millionen Pfund zurückgegangen; gleichzeitig ist das Portefeuille und der Notenumlauf stark angewachsen. Die Verhältnisse am Londoner Geldmarkt werden sich auch kaum bessern, solange nicht der Ausstand der Bergarbeiter beigelegt ist. Die Ausgleichsverhandlungen der Regierung sind am Widerstand der Zechenbesitzer gescheitert. Die erstere beabsichtigt daher, die bereits angekündigte Bill über den Minimallohn unverzüglich einzubringen. Aber auch ein solches Gesetz wird bei den starken Widerständen keine glatte Erledigung im Parlamente finden, selbst wenn es glücken sollte, für dieses Experiment eine Formel zu finden, die es nicht von vornherein als unakzeptabel erscheinen ließe. Es spielt sich hier ein Vorgang ab, der wirtschaftspolitisch von der größten Bedeutung ist und dessen Verlauf man um so aufmerksamer verfolgen muß, als diese ersten Versuche auf legislativem Neuland für andere Staaten und insbesondere für Deutschland vorbildlich werden können.

An der Londoner Börse hat eine ziemlich kräftige Erholung der Minenwerte Platz gegriffen, die nach dem vorausgegangenen starken Entwertungsprozeß ziemlich auffällig erscheint. Denn tatsächliche Gründe für eine Höherbewertung der Goldminenaktien dürften kaum vorliegen. In der Regel ist es das ausländische, namentlich das deutsche Publikum, das bei der weitverbreiteten Vorliebe für Werte dieser Art die Zeche für ein solches künstlich angefachtes Spekulationsinteresse zu zahlen hat. Es sollte daher niemals übersehen werden, daß der Minenmarkt vollkommen in den Händen einer Anzahl

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.

Aus Natur und Geisteswelt

Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Jeder Band ist in sich abgeschlossen und einzeln käuflich. Jeder Band geh. M. 1.—, in Leinwand geb. M. 1.25.

Erschienen sind bis jetzt etwa 360 Bände.

Weitere gelangen in rascher Folge zur Ausgabe. Aus neuerer Zeit seien erwähnt:

- | | |
|--|---|
| Das Altertum im Leben der Gegenwart. Von Prof. Dr. F. Cauer. (Bd. 356) | Das Ostseegebiet. Von Privatdozent Dr. G. Braun. (Bd. 367) |
| Naturwissenschaften und Mathematik im klassischen Altertum. Von Prof. Dr. J. L. Heiberg. (Bd. 370) | Die Ostmark. Eine Einführung in die Probleme ihrer Wirtschaftsgeschichte. Von Prof. Dr. W. Mitscherlich. (Bd. 351) |
| Das Drama. Von Dr. Busse. 2 Bde. (Bd. 287/88) Bd. I: Von der Antike zum französischen Klassizismus. (Bd. 287) | Australien und Neuseeland. Land, Leute u. Wirtschaft. Von Prof. Dr. H. Schachner. (Bd. 366) |
| Bd. II: Das Drama des 18. Jahrhunderts. (Bd. 288) | Das Recht der kaufmännisch Angestellten. Von Rechtsanwalt Dr. M. Strauß. (Bd. 361) |
| Familienforschung. Von Dr. E. Devrient. (Bd. 350) | Die Sonne. Von Dr. A. Krause. (Bd. 357) |
| Wie wir sprechen. Von Dr. E. Richter. (Bd. 354) | Probleme der modernen Astronomie. Von Prof. Dr. E. Oppenheim. (Bd. 355) |
| Politische Geographie. Von Dr. E. Schöne. (Bd. 353) | Gut und schlecht Wetter. Von Dr. R. Hennig. (Bd. 349) |

Ausführliches Verzeichnis umsonst und postfrei vom Verlag.

großer Finanzgruppen ist. Diese sind zwar außerstande, dauernd einen in den Verhältnissen begründeten Rückgang in den Kursen aufzuhalten, wohl aber haben sie es schon oft mit Glück versucht, durch eine geschickt inszenierte Aufwärtsbewegung Käufer heranzulocken und ihre angeschwollenen Effektenportefeuilles zu erleichtern. Etwas ähnliches scheint sich gegenwärtig abzuspielen. Denn an und für sich sind die Verhältnisse des Transvaalgoldbaues in einer schweren Krisis begriffen. Der seit mehr als Jahresfrist eingetretene erhebliche Kursrückgang ist nichts anderes als ein Ausgleichsprozess, welcher den Kurswert mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang bringt und die bisher meist ganz übertriebene Preisbasis der Goldminenaktien nach unten korrigiert. Der Goldgehalt der Erzgänge wird unergiebig. Die Industrie hat daher versucht, durch eine Massenproduktion den allmählichen Rückgang auszugleichen, und hatte zu diesem Zwecke vor einigen Jahren eine Ära der Minenfusionen eingeleitet, die zwar den beteiligten Minenhäusern gewaltige Gewinne, dem Publikum aber, welches man durch angemessene Versprechungen zu fördern wußte, nur ebenso gewaltige Verluste gebracht hat. Denn trotz der arbeitssparenden Maschinen, welche man eingeführt hat, scheiterte die beabsichtigte Massenproduktion doch an dem chronischen Arbeitermangel Transvaals, dem man schon so oft mit allen möglichen aber stets vergeblichen Mitteln zu steuern versucht hat. Die hohen Löhne und die Anwerbekosten der Arbeiter haben

Dresdner Bank

Aktien-Kapital . . Mk. 200 000 000
Reservefonds . . Mk. 61 000 000

DRESDEN — BERLIN — LONDON

— BREMEN BRESLAU CASSEL FRANKFURT a. M. HAMBURG —
 HANNOVER LEIPZIG MANNHEIM MÜNCHEN NÜRNBERG STUTTGART

Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-Schl., Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Eschwege, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Göttingen, Greiz, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-Schl., Leer, Liegnitz, Lübeck, Meißen, Plauen i. V., Spandau, Stettin, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung; An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw.

Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen; Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen;

Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks; Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung; Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren; Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Vermögensverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, sowie alle sonstigen bankgeschäftlichen Transaktionen.

Vermietung von Stahlkammern

daher den Betrieb immer unrentabler gestaltet. Die Goldausbeute ist zwar in den beiden letzten Jahren um etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen Pfund gestiegen, aber der Betriebsgewinn und die Dividendenausschüttungen sind stark, nämlich um nicht weniger als $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund, zurückgegangen. Eine Anzahl Minen hat daher die Aufschließungsarbeiten bereits eingestellt, und andere werden folgen müssen. Die Industrie wird also allmählich reduziert, wie dies der allmählichen Erschöpfung der Goldlager und dem schwieriger und kostspieliger werdenden Betriebe entspricht. Hieraus läßt sich entnehmen, wie vage die Hoffnungen sind, die sich an die zahlreichen Nonvaleurs und ausbeutellosen Werte des Minenmarktes anknüpfen. Kurssteigerungen in diesen Papieren haben fast ausnahmslos eine künstliche Ursache und gehen von den Interessenten des Marktes aus. Der Mitläufer wird stets seine Vertrauensseligkeit und Kurzsichtigkeit zu beklagen haben.

Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmerßdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.

Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bülow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.



Ich lache

weil jedes System Füllfederhalter das beste sein soll???

Probieren Sie entweder

„Klio“ E. Reisers Patent, bei der Sie Ihre gewohnte Feder u. Tinte verwend. können, zu Mk. 3.— und 6.— pro Stück. Mit neuester Selbstfüllvorrichtung Mk. 2.— pro Stück mehr oder

„Regina“, ges. gesch. Sicherheits-Goldfüllhalter mit 14 karätiger Goldfeder mit Iridiumspitze, immer schreibfertig, Mk. 10.—, auch m. grösseren Goldfedern Mk. 14.50, 19.— u. 25.— pr. Stück.

„Klio“ und „Regina“ können in jeder Lage in der Tasche getragen werden. Ueberall erhältlich. Kataloge gratis und franko.

Klio-Werk, G. m. b. H., Nennef (Sieg) 141

Grösste und leistungsfähigste Füllfeder-Spezialfabrik des Kontinents.

Es sind verschiedene ähnlich lautende minderwertige Nachahmungen im Handel, achten Sie daher auf die jedem Halter eingetragene Marke „Klio“, E. Reisers Patent, bzw. „Regina“, ges. gesch.

Einige Anerkennungen: Herr Kisch, Thaler Blechwarenfabrik Kisch & Co., Thale a. H., schreibt: „Als ich dieser Tage Ihre Inserate sah, wurde ich daran erinnert, habe nun bereits 5 bis 6 Jahre besitze. Ich gebrauche meinen „Klio“-Füllfederhalter tagtäglich, und ist mir derselbe ein treuer Begleiter und lieber Freund geworden. Ich war früher im Besitze eines anderen Systems, jedoch habe ich schon längst die Vorteile Ihres Systems erkannt usw. usw.“

Herr Dr. Deichmann, Löwen-Apotheke in Leer, schreibt: „Seit mehreren Jahren gebrauche ich ständig Ihren „Regina“-Füllfederhalter, und drängt es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit dem Halter durchaus zufrieden bin und ich nur jedem empfehlen kann, bei Anschaffung eines Füllfederhalters an Ihr System zu denken. Der Halter arbeitet noch heute, nach vier Jahren, ebenso wie am ersten Tage, wohl das beste Zeichen für die Güte Ihres Fabrikates.“